

An die
Mitglieder der Grazer Stadtregierung
Rathaus
8010 Graz

Graz, 12. April 2019

Fachliche Stellungnahme zur Situation und geplanten Änderung der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Graz

verfasst von Mitarbeiter*innen des Arbeitsbereichs Sozialpädagogik am Institut der Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz

Bezugnehmend auf die Berichterstattung in der Kleinen Zeitung und aufgrund von Informationen, die wir von Mitgliedern des Arbeitskreises Stadtteilarbeit Graz erhalten, wollen wir mit dieser fachlichen Stellungnahme aus der Sicht der Disziplin der Sozialen Arbeit/ Sozialpädagogik auf die von Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio geplante Umstrukturierung der Stadtteilarbeit in Graz eingehen und uns dabei vor allem mit der Frage beschäftigen, wie davon die fachlichen Standards und Qualitätskriterien der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit berührt werden.

Dazu stellen wir zunächst kurz die fachlichen Ziele und Standards der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit vor, gehen auf die Situation in Graz ein und befassen uns dann mit den geplanten Änderungen, die wir abschließend bewerten. Damit wollen eine fachlich fundierte, wissenschaftliche Perspektive in den aktuellen politischen Entscheidungsprozess zu dieser Frage einbringen.

Zum fachlichen Hintergrund

Die Gemeinwesenarbeit stellt als methodischer Zugang wie auch als Arbeitsprinzip neben der Einzelfallhilfe und der Gruppenarbeit das so genannte dritte Standbein der Sozialen Arbeit dar und das besonders dort, wo viele Menschen in dicht verbauten Gebieten zusammenleben und gerade auch dort, wo Menschen von sozial und ökonomisch benachteiligten Lebenslagen betroffen sind. Dabei steht das Bestreben im Vordergrund, „die BewohnerInnen als ExpertInnen ihrer Lebenswelt wahrzunehmen und deren Beteiligung bzw. Mitgestaltung zu fördern“ (Sing 2011: 274)¹. Die Mitgestaltung bezieht sich vor allem auf das eigene Wohnumfeld und den Stadtteil. In der Gemeinwesenarbeit sollten die Initiative und die Bereitschaft möglichst von den Bewohner*innen ausgehen, aus „diesem

¹ Sing, Eva (2011): Gemeinwesenarbeit aus österreichischer Sicht. In: Anastasiadis, Maria; Heimgartner, Arno, Kittl-Satran, Helga & Wrentschur, Michael (Hrsg.): Sozialpädagogisches Wirken. Wien-Berlin: LIT-Verlag, 274–287.

☒ Merangasse 70, 8010 Graz, Österreich

☎ ++43/316/380-2547

michael.wrentschur@uni-graz.at

Grund verfolgt GWA das Ziel Ressourcen aufzudecken und zu erschließen, sowie für Vernetzung mit anderen Einrichtungen und wichtigen Persönlichkeiten des Gemeinwesens zur sorgen“ (ebd.: 282).

Zentrale, übergreifende Ziele und Orientierungslinien dazu hat etwa das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) in Essen entwickelt. Dazu zählen nach Litges et al. (2005: 564ff.)²:

- *Ressourcenorientierung*: Dabei geht es um das Erhalten, Aktivieren und Fördern der Stärken der Menschen und der sozialen Räume, in denen sie leben.
- *Förderung von Selbsthilfepotenzial und Eigeninitiative*: Stärken der Menschen werden genutzt und weiterentwickelt, um Problemlösungen zu erarbeiten bzw. Probleme nach der *Maxime Prävention vor Intervention* gar nicht entstehen zu lassen; Aktionen, Projekte sollten nicht ohne die betroffenen Menschen realisiert werden.
- *Orientierung an Betroffenheiten und Bedürfnissen bzw. Orientierung an den geäußerten Interessen der Wohnbevölkerung*: Aktivität entsteht dort, wo Betroffenheiten (Empörung, Neugier und Begeisterung) herrschen. Betroffenheiten müssen in der Nähe zur Lebenswelt aufgespürt werden – im Sinne einer Regionalisierung statt einer Zentralisierung.
- *Kooperation und Vernetzung*: Gebietsbezogen werden soziale Netzwerke der Bewohner_innen aufgebaut und anlassbezogen mobilisiert; zudem geht es zwingend um die Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen aus dem sozialräumlichen Kontext wie Polizei, Behörden, Ortspolitik, Stadtentwicklung, Multiplikator_innen, regionale Wirtschaftstreibende.
- *Zielgruppen- und bereichsübergreifender Ansatz*: Möglichst viele Bürger_innen sollen sich an den Aushandlungsprozessen beteiligen, auch um eine bestimmte Zielgruppe nicht zu stigmatisieren oder vorab zu definieren; zielgruppenspezifische Aktivitäten stehen daher immer in Bezug zu anderen Aktivitäten.

Für die Realisierung diese Ziele und Orientierungen braucht es im Zusammenspiel von qualifizierten Fachkräften der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit und Ehrenamtlichen verlässliche, kontinuierliche, nachhaltige und professionelle Rahmenbedingungen und Träger*innen, die – etwa wie in der offenen Jugendarbeit oder Kinder- und Jugendhilfe – mit klaren Aufträgen und Verträgen, aber formal und rechtlich unabhängig von der Kommune arbeiten. Außerdem ist wichtig, dass die Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit ressortübergreifend angesiedelt ist und nicht bei Veränderung der politischen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten immer wieder neu strukturiert.

Zur Situation in Graz

2015 ist vom Grazer Gemeinderat ein Leitbild zur Stadtteilarbeit beschlossen worden, verbunden mit dem Ziel, Menschen in den unterschiedlichen Grazer Stadtteilen, die Teilhabe an der Gesellschaft und die Mitgestaltung des Lebens in der Stadt zu ermöglichen und so einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in Graz zu leisten. Dies soll durch unterschiedliche Maßnahmen erreicht werden wie durch das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten für Menschen in ihrem Wohnumfeld, das Anbieten von leicht zugänglichen Anlaufstellen mit konkreten Hilfestellungen sein, die Weitervermittlung an öffentliche Beratungsstellen sowie Angebote der Stadt Graz, sowie die Unterstützung zur Selbstorganisation und für Menschen, die sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes selbst einbringen möchten.

² Litges, Gerhard; Lüttringhaus, Maria & Stoik, Christoph (2005): Quartiersmanagement. In: Kessler, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne & Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 559–576.

Innerhalb des Leitbilds wurde auch beschlossen, „gesamstädtische Angebote und Stadtteilzentren einzurichten“ und dies besonders dort, wo vorhandene Ressourcen nicht ausreichen, um ein harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten und Menschen zu mit schwierigen Lebensumständen ringen. Der erhöhte Bedarf an professioneller Unterstützung durch kompetente und geschulte Ansprechpersonen sollte über Stadtteilzentren erfüllt werden, die sich an sogenannten sozialen „Brennpunkten“ befinden. Aufgrund des dafür erforderlichen professionell geschulten Personals wurden Stadtteilzentren bisher höher gefördert als Nachbarschaftszentren, die vor allen von freiwilligem Engagement leben. Zur Basisausstattung gehört aber auch hier eine Ansprechperson vor Ort, die die Ehrenamtlichen koordiniert und Öffnungszeiten anbietet. Mit der bestehenden Förderung können zwar Miet- und Sachkosten für Begegnungsräume abgedeckt werden, die Finanzierung für eine Anstellung fehlt bzw. ist zu gering um in qualitativem Sinn Bewohner*innen bzw. Ehrenamtliche zu begleiten.

Dazu ist anzumerken, dass bis zum Beschluss des Leitbildes die Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit im Jahr 2015 in Graz im Unterschied zu vergleichbaren Städten nur wenig verankert war. Es gab zwar immer wieder einzelne stadtteilbezogene Projekte, Initiativen und Organisationen, aber es gab bis dahin keine abgestimmte Gesamtstrategie, Koordination, Qualitätssicherung oder Evaluierung. Insofern war der Beschluss 2015 ein längst fälliger und wurde zu einer Grundlage dafür, dass sich eine professionelle Stadt- und Gemeinwesenarbeit entwickeln konnte, wenn es auch weiterhin herausfordernd blieb, mit den vorhandenen Ressourcen die – weiter oben – beschriebenen Ziele und Orientierungslinien zu erfüllen.

Zu den Plänen der Umstrukturierung und ihrer fachlichen Bewertung

Nun ist geplant, die vorhandenen Stadtteilzentren nicht mehr als solche zu fördern, sondern diese mit deren bisherigen vertieften sozialen Auftrag zu beenden und finanziell den Nachbarschaftszentren gleichzustellen und für beide die kontinuierliche Förderung auf die jährliche Raummiete, Betriebskosten und eine geringfügige Anstellung zu reduzieren. Weitere finanzielle Mittel sind nur über eine Art von Projektfonds möglich, in dem Kleinprojekte bis zum 10.000 € bei einem Gesamtvolumen von 200.000 € gefördert werden, die zunächst vom Bezirksrat eingeschätzt und geprüft werden und dann vom Stadtratsbüro genehmigt werden sollen.

Bisher haben die Stadtteilzentren in enger Absprache mit dem Grazer Friedensbüro, dass die Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Graz koordiniert, Anträge verfasst, es wurden Projekte bedarfsorientiert vor Ort empfohlen. Diese professionelle Steuerung und jährliche Evaluierung war eine wesentliche Grundlage für die Einhaltung der fachlichen Standards und einer professionellen Weiterentwicklung. Im vorliegenden Entwurf ist nicht klar, welchen inhaltlichen und strukturellen Kriterien die Einzelprojekte unterliegen werden, zumal fachlichen Standards und Orientierungen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit nicht in den Kompetenzbereich der Bezirksvertretung fallen. Außerdem werden damit zusätzliche bürokratische Abläufe eingebaut.

Dies bedeutet für die (noch) bestehenden Stadtteilzentren, die seit Jahren kontinuierliche Arbeit vor Ort leisten, dass es künftig keine finanzielle Sicherheit mehr gibt, mit weitreichenden Konsequenzen: Die Qualität der bisherigen Arbeit geht verloren, die Unterstützung und Betreuung für die Benutzer*innen und Ehrenamtlichen vor Ort kann nicht mehr gewährleistet werden. Aus der Erfahrung der bestehenden Nachbarschaftszentren in Graz ist bekannt, dass ein professioneller Betrieb mit den bisherigen Fördermitteln nicht möglich ist zumal es dann nicht möglich ist, den zusätzlichen administrativen Aufwand zu leisten, wie z.B. Anträge schreiben und sich um bessere Finanzierung kümmern.

Zivilgesellschaftliches, freiwilliges Engagement ist immens wichtig für das gedeihliche Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt wie Graz, dafür braucht es jedoch professionelle und fachliche Begleitung – nur dadurch kann Kontinuitäten und Neutralität in Konflikten gewährleistet werden und professionelle Hilfe und Weitervermittlung gewährleistet werden. Aus der bisherigen Arbeit der Nachbarschaftszentren ist bekannt, dass diese nicht rein ehrenamtlich betrieben werden können - es benötigt eine kontinuierliche und verlässliche Ansprechperson vor Ort. Eine geringfügige Anstellung stellt dabei nur eine begrenzte Alternative dar und ist keine nachhaltige Lösung für die Begleitung ist, zumal der Bedarf vor Ort tätig zu sein, weit über das Maß einer Geringfügigkeit geht.

Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit benötigt nicht nur leicht zugängliche soziale Räume und Orte, sondern auch kontinuierliche arbeitenden professionelle Fachkräfte. Dies setzt längerfristige Verträge und finanzielle Ressourcen voraus, die eine professionelle Grundstruktur ermöglichen. Dass es darüber hinaus Möglichkeiten zur Förderung von einzelnen Projekten in den Bezirken geben kann, ist zu unterstützen, aber kann eine professionelle Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit nicht ersetzen.

Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, egal ob in einem Stadtteilzentrum, Nachbarschaftszentrum oder in Projektform, stellt einen wichtigen Pfeiler für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt dar. Nur durch stabile Voraussetzungen können die Leistungen der Stadtteilarbeit für die Bewohner*innen professionell und in hoher Qualität gewährleistet werden. Um die Qualität weiterhin aufrecht erhalten zu können, müssten die Mittel zweckgebunden Stadtteil- und Nachbarschaftszentren zur Verfügung gestellt werden. Die Grundlage und Basis für die Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit muss aber nicht nur fachlich fundiert agieren, sondern in der Stadt über Parteigrenzen und politische Zuständigkeiten hinweg, ressortübergreifend verankert werden.

Das ist umso bedenkenswerter als für Graz ein starker Bewohner*innenzuwachs prognostiziert wird. Und diese macht eine professionelle und nachhaltige Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit im Sinne einer sozialen Stadtentwicklung gerade dort, wo Wohnen auch für einkommensschwache Menschen leistbar, weil viele Menschen auf vergleichsweise engem Raum wohnen.

Aus unserer Sicht scheint mit den beabsichtigten Änderungen der Strukturen der Stadtteilarbeit in Graz eine professionelle, zeitgemäße, nachhaltige und qualitativ an fachlichen Standards orientierte Stadt- und Gemeinwesenarbeit jedenfalls nicht möglich.

Assoz. Prof. Mag. Dr.phil. Maria Anastasiadis

Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr.rer.nat. Hannelore Reicher

Mag. Dr. Manfred Sonnleitner

Mag. Dr. Michael Wrentschur

Mitarbeiter*innen am Arbeitsbereich Sozialpädagogik des
Instituts- für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz
Merangasse 70/II
8010 Graz.